

Der Chef der Staatskanzlei
Postfach 71 22 | 24171 Kiel

Minister

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Lars Harms, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/1949

nachrichtlich:

Frau Präsidentin
des Landesrechnungshofs
Schleswig-Holstein
Frau Dr. Gaby Schäfer
Berliner Platz 2
24103 Kiel

gesehen
und weitergeleitet
Kiel, den 05.09.2023
gez. Staatssekretär
Oliver Rabe

über

Finanzministerium des Landes
Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 64
24105 Kiel

5. September 2023

**Sitzung des Finanzausschusses am 7. September 2023;
Schreiben von Ministerin Heinold vom 5. September 2023 zu TOP 1**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

bezugnehmend auf das o.g. Schreiben von Ministerin Heinold übersende ich ergänzend ein an mich gerichtetes Erläuterungsschreiben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz vom 5. September 2023. In dem Schreiben legt das BMWK die Hintergründe der aktuellen Überlegungen bzgl. einer Änderung der Förderkulisse für das Ansiedlungsvorhaben einer Batteriezellfabrik in der Region Heide umfassend dar. Nach einer finalen Abstimmung der Förderkulisse kommen wir in der Sache wieder auf den Finanzausschuss zu. Ich hoffe, dass wir Ihnen damit zunächst alle notwendigen Informationen zur Verfügung gestellt haben.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Dirk Schrödter



Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, 11019 Berlin

Dirk Schrödter
Minister und Chef der Staatskanzlei
des Landes Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 104
24105 Kiel

Bernhard Kluttig
Leiter d. Abteilung Industriepolitik
Bundesministerium für Wirtschaft
und Klimaschutz
Hannoversche Str. 28-30
10115 Berlin

Postanschrift:
11019 Berlin

Tel. +49 30 18 615-7481
bernhard.kluttig@bmwk.bund.de

bearbeitet von:
Dr. Tim Schulze, Referat IVA6

www.bmwk.de

Betreff: Ihre E-Mail vom 04.09.2023

Bezug: Ansiedlungsvorhaben von Northvolt in Heide
Aktenzeichen: IVA6 - 46105
Berlin, 05.09.2023
Seite 1 von 4

Sehr geehrter Herr Minister Schrödter,

vielen Dank für Ihre Nachricht vom gestrigen Tage, in der Sie um
Aufklärung hinsichtlich der möglichen Zukunft des IPCEI-Vorhabens von
Northvolt baten. Gern nehmen wir im Folgenden dazu Stellung.

Ich möchte zunächst betonen, dass die Realisierung des
Ansiedlungsvorhabens der Northvolt Germany GmbH – d.h. der Aufbau
einer großskaligen und innovativen Batteriezellproduktion nach höchsten
Nachhaltigkeitsstandards am Standort Heide – für das Bundesministerium
für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) nach wie vor höchste Priorität hat.
Mit den Stellen Ihrer Landesregierung stehen wir im ständigen Austausch
zu verschiedenen Unterstützungsformaten.

Eines dieser Formate ist der IPCEI-Antrag Northvolts, welcher (seit der Prä-
Notifizierung im Jahr 2019) den „Startpunkt“ des geplanten Engagements
Northvolts in Deutschland markierte. Nachdem Northvolt im Jahr 2021
Heide als möglichen Standort ausgewählt hatte, haben das BMWK und das
Land Schleswig-Holstein (SH) unter der geltenden IPCEI-
Beihilfeentscheidung vom Jan. 2021 im Wege der üblichen Kofinanzierung



Seite 2 von 4

eine gemeinsame Förderung beschlossen, die im Mai 2022 durch das BMWK bewilligt wurde.

Mit den Entwicklungen des Jahres 2022 (insbesondere den durch den russischen Überfall auf die Ukraine ausgelösten Energiepreis- und Rohstoffkrisen sowie dem Inflation Reduction Act) wurde offenbar, dass die im IPCEI bewilligte Zuwendung von rd. 155 Mio. Euro nicht ausreichen würde, um die finale Investitionsentscheidung pro Heide abzusichern.

Infolgedessen wurden vom BMWK - in enger Abstimmung mit Ihrer Landesregierung - weitere Unterstützungsmaßnahmen für die Northvolt-Investition ins Auge gefasst, darunter eine Zuwendung unter der sogenannten „matching clause“ (Rn. 86) des neuen „Befristeten Krisen- und Transformationsrahmens“ (TCTF). Arbeitshypothese war bislang, dass IPCEI- und TCTF-Zuwendung parallel (d.h. zuwendungsrechtlich in getrennten Vorhaben) ausgekehrt würden.

Im Zuge der Detaillierung der TCTF-Antragsunterlagen durch Northvolt und Prüfung durch das BMWK und den zuständigen Projektträger hat sich jüngst herausgestellt, dass eine Parallelverfolgung beider Vorhaben verschiedene, z.T. gravierende Schwierigkeiten mit sich bringen würde. Relevant sind hierbei v.a. drei Themenkomplexe:

- Die erst mit der Auswahl eines konkreten Standorts mögliche Ausdetaillierung des Ansiedlungsprojekts hat gegenüber den bei der EU-Kommission im Jahr 2020 notifizierten (noch generischen, d.h. nicht auf einen konkreten Standort ausgerichteten) Unterlagen zu Änderungen geführt. So wurde die Fabrik u.a. nun um 50% größer geplant als noch 2020 avisiert, und ein Arbeitspaket zu sog. Feststoffzellen kann aufgrund fehlender Marktnachfrage von Northvolts Kunden nicht wie geplant umgesetzt werden. Die nötigen Änderungen des Arbeitsplans und anderer Dokumente könnten aus unserer Sicht nur schwerlich ohne „Öffnung“ der Beihilfeentscheidung und damit langwieriger erneuter Prüfung durch die EU-Kommission im IPCEI-Vorhaben umgesetzt werden.
- Zudem ist eine (aufgrund des Verbots der Doppelförderung essentielle) strenge Abgrenzung der beiden Vorhaben in der operativen Umsetzung nur mit großem Controlling-Aufwand möglich, da keine natürlichen, projekthärenten Grenzen zwischen dem IPCEI- und dem TCTF-Vorhaben existieren.



Seite 3 von 4

- Nicht zuletzt würde die parallele operative Umsetzung sowohl das Unternehmen als auch die öffentlichen Stellen vor erhebliche Herausforderungen stellen: Die TCTF-Förderung wird aufgrund der dem TCTF inhärenten Ausrichtung auf Investitionen nach Ausgaben erfolgen, im IPCEI wird dagegen auf Kostenbasis gefördert. Die gleichzeitige Umsetzung beider Fördermodi erfordert aufseiten des Unternehmens eine komplexe „Doppel-Buchführung“ und erhöht die Prüfaufwände bei den öffentlichen Stellen.

Infolgedessen favorisieren wir eine Konzentration der Förderung auf den TCTF, d.h. den Widerruf des bereits beschiedenen (jedoch wegen der noch ausstehenden finalen Standortentscheidung noch nicht begonnenen) IPCEI-Vorhabens und die Auszahlung der betreffenden, bislang für das IPCEI vorgesehenen Mittel über den TCTF, d.h. die entsprechende Erhöhung der geplanten TCTF-Förderung um 155 Mio. Euro.

Wir werden diese Option sehr zeitnah mit der EU-Kommission besprechen und im Falle einer positiven Reaktion aus Brüssel die nötigen Anpassungen sehr zügig in enger Absprache mit den Stellen Ihrer Landesregierung umsetzen. Betonen möchte ich folgende Randbedingungen, die für uns essentiell sind:

- Die Innovationshöhe oder -qualität des Vorhabens ändert sich durch die vorgeschlagene Operation nach hiesiger Kenntnis nicht. Stets hatte Northvolt im IPCEI betont, dass die Auslegung der Fabrik sich nach den Anforderungen seiner Kunden richtet („blueprint-Ansatz“). Zum Zeitpunkt der IPCEI-Antragstellung mussten gewisse Annahmen getroffen werden zu den bei Produktionsstart nachgefragten Technologien, die mittlerweile durch die direkte Interaktion mit den potentiellen Kunden aktualisiert wurden. Der vorläufige Wegfall der Feststoffzell-Inhalte ist somit Konsequenz einer allgemeinen Marktentwicklung (die wir durchaus auch in anderen Vorhaben beobachten) und nicht eine Absage Northvolts an innovationsintensive Inhalte.
- Die Höhe der Landeskofinanzierung ändert sich gleichfalls nicht. Eine Umstellung der Förderung auf Ausgaben dürfte zu einem leichten Vorziehen der Auszahlungen in den Jahresscheiben führen (Details werden wir in einigen Tagen zur Verfügung stellen können), die mit dem Land verabredete Gesamtsumme würde jedoch konstant bleiben.



Seite 4 von 4

- Nicht zuletzt werden wir dafür Sorge tragen, dass Northvolt auch ohne direkte IPCEI-Teilnahme in Deutschland ein eng eingebundener Partner der europäischen Netzwerke bleibt. Die weiterhin geplante Umsetzung des schwedischen IPCEI-Vorhabens Northvolts sowie die von uns jüngst im IPCEI eingeführte neue Partnerkategorie „associated participant“ werden dies sicherstellen.

Wir hoffen, dass die Landesregierung sowie die zuständigen parlamentarischen Gremien unter diesen Randbedingungen der vorgeschlagenen Operation zustimmen können, und bitten um ein zeitnahes entsprechendes Signal ihrerseits, damit wir zügig auf die EU-Kommission zugehen können.

Abschließend betonen möchte ich, dass die Hintergründe unseres Ansinnens ausschließlich pragmatischer Natur sind und sich an den Inhalten und Ambitionen des Vorhabens nichts ändert. Wir sind jedoch überzeugt davon, dass im Ergebnis eine für alle Seiten einfachere und effizientere Projektumsetzung stehen würde – Attribute, die im direkten Vergleich mit den weiterhin bestehenden Unterstützungsangeboten aus Nordamerika (welche nicht nur höhere Summen sondern auch eine besondere Zugänglichkeit und Einfachheit aufweisen) durchaus sehr relevant sind.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag